

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12

## **Gemeinsames Beschlusspapier der CDU-Fraktionen Sachsen und Sachsen-Anhalt**

### **Präambel**

13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

Sachsen und Sachsen-Anhalt verbindet eine lange gemeinsame Geschichte, eine gewachsene regionale Identität und ein enges Nachbarschaftsverhältnis, das durch vielfältige Kooperationen geprägt ist. Beide Länder teilen ein starkes Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten, zum Föderalismus und zu einem selbstbewussten Verständnis ihrer Rolle innerhalb Deutschlands und Europas.

Unsere Landesparlamente und Landesregierungen sehen im föderalen Prinzip das Fundament, um die Zukunft unserer beiden Bundesländer kraftvoll zu gestalten. Mit diesem gemeinsamen Beschlusspapier bekräftigen wir unseren Willen, die Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt systematisch auszubauen und politisch zu vertiefen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, insbesondere die Themen der inneren Sicherheit, der Sicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Digitalisierung und Infrastruktur, Gesundheit, Landwirtschaft und ländliche Räume sowie Bürokratieabbau mit vereinten Kräften anzugehen.

Zur wirksamen Umsetzung wollen wir den bilateralen Austausch intensivieren, regelmäßige Abstimmungen etablieren und gemeinsame Arbeitsstrukturen schaffen. Unser Ziel ist es, länderübergreifende Vorhaben zu beschleunigen und drängende Zukunftsfragen gemeinsam anzugehen.

Im Bewusstsein unserer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen und Sachsen-Anhalt bekennen wir uns zu einer verstärkten Partnerschaft. Gemeinsam wollen wir Impulse setzen, die positive Entwicklung unserer Region gestalten und einen Beitrag dazu leisten, Deutschland voranzubringen.

35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74

## **Wirtschaft, Tourismus, Medien und Kultur**

### **Wirtschaft, Tourismus, Medien und Kultur – Mitteldeutschland im Wandel**

Der Strukturwandel in Mitteldeutschland stellt unsere Regionen vor große Herausforderungen und eröffnet zugleich neue Chancen. Unser Ziel ist es, die bestehenden Wirtschaftsstrukturen zu erhalten, technologieoffen zu modernisieren und die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Versorgungssicherheit nachhaltig zu stärken. Die CDU-Fraktionen Sachsen-Anhalt und Sachsen setzen sich gemeinsam für schlankere Verwaltungsverfahren und Bürokratieabbau für das Handwerk, den Mittelstand, die Freien Berufe sowie die Industrie ein. Dazu zählt für uns auch die Überprüfung des ETS-Zertifikatehandels in der jetzigen Form.

Ein geschlossenes Auftreten der mitteldeutschen Länder gegenüber der EU bietet großes Potenzial, um regionale Interessen bei der Strukturförderung zu bündeln und in Brüssel wirkungsvoll zu vertreten.

Dabei muss auch die Europäische Kohäsionspolitik im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 bis 2034 konsequent regional verankert bleiben. Sowohl die strategische Programmplanung als auch die finanzielle Umsetzung müssen weiterhin auf regionaler Ebene erfolgen, um den spezifischen territorialen Herausforderungen gerecht zu werden und die Wirksamkeit der Förderinstrumente sicherzustellen.

Wir stellen gemeinsam fest, dass eine Zentralisierung auf nationaler oder europäischer Ebene den Grundprinzipien der Kohäsionspolitik widerspricht.

### **Wirtschaft und Strukturwandel**

Geopolitische Spannungen und eine zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft erfordern gezielte wirtschaftspolitische Impulse. Wir wollen bestehende Unternehmen unterstützen und Neuansiedlungen fördern. Die mitteldeutschen Länder müssen ihre Interessen gegenüber der Europäischen Union noch stärker und geschlossen vertreten, um regionale Anliegen – etwa bei der Strukturförderung für die Automobilindustrie, die chemische Industrie und die Landwirtschaft – wirkungsvoll einzubringen. Der notwendige Aufholprozess in der Region bedarf einer angemessenen Förderung.

Beide Länder sind vom Kohleausstieg betroffen. Wir danken dem Bund für die finanzielle Unterstützung, fordern jedoch die nötige Flexibilität, um einen Mittelverfall des Investitionsgesetzes Kohle zu verhindern.

75 **Branchenübergreifende Kooperationen**

76

77 **Automobilindustrie und Zulieferer**

78

79 Die Regionen verfügen über eine starke Tradition in der Automobilbranche. Künftige  
80 Kooperationen sollen die Transformation zu neuen Mobilitätslösungen, insbesondere  
81 technologieoffene Antriebslösungen autonome Fahrtechnologien, und die Digitalisierung der  
82 Produktion umfassen.

83

84 **Chemie- und Kunststoffindustrie**

85

86 Sachsen-Anhalt und Sachsen bauen auf eine traditionsreiche Chemieindustrie. Gemeinsame  
87 Innovationsprojekte werden gezielt gefördert.

88

89 **Wissenschaft und Forschung**

90

91 Eine engere länderübergreifende Vernetzung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und  
92 Unternehmen beschleunigt den Technologietransfer. Forschungscluster in  
93 Zukunftstechnologien, wie etwa das CTC, sollen etabliert werden.

94

95 **Stärkung der dualen Ausbildung**

96

97 Die Landtagsfraktionen aus Sachsen und Sachsen-Anhalt unterstützen die Bemühungen des  
98 Bundes, die Verrechtlichung der Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung  
99 voranzutreiben. Wir bitten den Bund, die Einführung eines Verfahrensgesetzes für den DQR  
100 zu prüfen.

101

102 **Infrastruktur und Logistik**

103

104 Die zentrale Lage Mitteldeutschlands in Deutschland und Europa ist ein Standortvorteil. Wir  
105 setzen uns ein für den Ausbau der A36 bis zur polnischen Grenze sowie der A4 auf sechs  
106 Spuren. Wir fordern die Stärkung der Luftverkehrswirtschaft durch mehr internationale  
107 Flugverbindungen und den weiteren Abbau von überbordenden Belastungen, die ganzjährige  
108 Schiffbarmachung der Elbe, sowie den Ausbau des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs.

109

110 **Digitalisierung und Innovation**

111

112 Die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Digitalisierungsstrategien in Verwaltung  
113 und Wirtschaft steigert die Wettbewerbsfähigkeit beider Länder. Projekte im Rahmen der  
114 Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD) dienen als Treiber für  
115 länderübergreifende Ansätze.

116 **Tourismus und Kultur**

117

118 Tourismus und Kultur sind zentrale Standortfaktoren. Beide Länder verfügen über bedeutende  
119 UNESCO-Welterbestätten. Das gemeinsame kulturelle Erbe soll vernetzt und weiterentwickelt  
120 werden, insbesondere in ländlichen Regionen.

121

122 Die IMG Sachsen-Anhalt, die TMGS Sachsen sowie die Landestourismusverbände stimmen  
123 ihre Strategien intensiver ab, um die Region gemeinsam zu entwickeln. Der Austausch der  
124 Tourismusverbände und -netzwerke wird durch gemeinsame Workshops und digitale  
125 Plattformen gefördert.

126

127 Gemeinsame Projekte im Fahrrad- und Wassertourismus, wie die Entwicklung und  
128 Vermarktung des Elberadwegs, werden vorangetrieben.

129

130 Der Kultur- und Industrietourismus wird durch verstärkte Kooperationen und neue Angebote  
131 im Mitteldeutschen Revier weiterentwickelt.

132

133 **Medien – Reform und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als gemeinsame**  
134 **Aufgabe**

135

136 Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bleibt eine dauerhafte Aufgabe, der sich  
137 auch die Enquete-Kommission im Landtag von Sachsen-Anhalt widmet. Wesentliche Punkte  
138 sind vom gerade verabschiedeten 7. Medienänderungsstaatsvertrag noch nicht erfasst. In  
139 anderen Bereichen droht durch die Plattformstrategie eine Erweiterung statt Verschlinkung  
140 des Kostenrahmens. Bei neuen Herausforderungen durch KI und bei der Plattformregulierung  
141 stimmen wir uns eng ab.

142

143 Auftrag und Struktur des ÖRR müssen daher weiter reformiert werden, ohne Denkverbote  
144 und Befindlichkeiten einzelner Bundesländer. Die Verantwortung gegenüber den  
145 Beitragszahlern steht vor Länderegoismen. Doppelangebote, das Nebeneinander von ARD und  
146 ZDF, zu viele, auch kleinste Rundfunkanstalten und eine überbordende, in allen Anstalten  
147 parallel arbeitende Verwaltung sind Kostentreiber. Gleichzeitig fehlen Begrenzungen, zum  
148 Beispiel bei der Unterhaltung, den erstellten Inhalten im Kontext linear/non-linear und ein  
149 angemessener Anteil an Information, Dokumentation, Kultur und Bildung zu  
150 reichweitenstarken Sendezeiten. Die Strukturen müssen dringend schlanker werden, um  
151 ausreichend Regionalität zu sichern, anstatt immer mehr Programminhalte innerhalb von  
152 Mehrländeranstalten und auch deutschlandweit zusammenzulegen. Wir brauchen nur noch  
153 eine juristische, eine Betriebs- und eine Verwaltungsdirektion anstatt nur noch ein regionales  
154 Angebot. An den im 7. Medienänderungsstaatsvertrag begonnenen Abschaffungen von  
155 Parallelangeboten und der Umstellung auf non-lineare Angebote, zum Beispiel beim KiKa,  
156 halten wir fest.

157  
158 Wir fordern aber die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten, die Abschaffung von  
159 Doppelstrukturen und -angeboten sowie die Überprüfung und Angleichung der Anzahl der  
160 Sendeanstalten mit Blick auf Effizienz, Kompetenz und regionale Konzentrationsprozesse bei  
161 gleichzeitiger Erhöhung der regionalen Präsenz vor Ort und im Programm. Neben einer  
162 Konsolidierung innerhalb der ARD ist eine zielorientierte und sachliche Diskussion über die  
163 Zusammenlegung von ARD und ZDF notwendig. Das ursprüngliche Ziel, durch die  
164 Doppelstruktur von ARD und ZDF Meinungsvielfalt abzubilden, wird heute nicht mehr erreicht  
165 und ist mit Blick auf private und non-lineare Angebote auch nicht mehr zeitgemäß.

166  
167 Vergütung und Altersversorgung aller Beschäftigten des ÖRR müssen sich am öffentlichen  
168 Dienst orientieren. Der öffentliche Sektor ist dafür nicht die geeignete Bezugsgröße. Die  
169 Menschen in Ostdeutschland haben ein Recht auf angemessene Repräsentanz und Anteile am  
170 System des ÖRR. Deshalb müssen Gemeinsame Sendungen, Einrichtungen und Aufgaben  
171 (GSEA) in die ostdeutschen Bundesländer verlegt werden. Der ÖRR muss den Anspruch haben,  
172 eine deutschlandweit relevante Leitredaktion im Osten anzusiedeln.

173  
174 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist aufgefordert, stärker auf die Einhaltung der Grundsätze  
175 der Objektivität und Unparteilichkeit zu achten und in seinen Angeboten eine möglichst breite  
176 Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darzustellen.

177  
178 Langfristiges Ziel aller Reformprozesse bleibt es, den Rundfunkbeitrag mindestens stabil zu  
179 halten. Eine Entlastung der Beitragszahler darf dabei nicht aus dem Blick geraten.

180

181

182

## **Stärkung des Rechtsstaats**

183

### **Öffentliche Sicherheit und Migration**

185

186 Wir bekennen uns zu einer Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung in Einklang bringt.  
187 Beide Länder haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass klare Maßnahmen wirken. Die  
188 Wende in der Migrationspolitik, die mit der neuen Bundesregierung durchgesetzt wurde, zeigt  
189 ebenfalls bereits spürbar Wirkung: Durch stärkere Grenzkontrollen, die Ausweitung sicherer  
190 Herkunftsstaaten, die Aussetzung des Familiennachzugs in Teilbereichen ist die Zahl der  
191 Asylzugänge deutlich zurückgegangen. Bundesweit verzeichneten wir einen Rückgang  
192 gegenüber dem Vorjahr um 51% und gegenüber 2023 um 66%. Zugleich haben behördlich  
193 gesteuerte freiwillige Ausreisen sowie Abschiebungen in beiden Ländern sehr stark  
194 zugenommen.

195

196 Wir stehen daher zu einer Migrationspolitik, die die kommunale Integrationskapazität als  
197 verbindliche Leitgröße anerkennt. Die Fraktionen bekräftigen, dass irreguläre Migration  
198 begrenzt, Asylverfahren beschleunigt und Rückführungen konsequent vollzogen werden  
199 müssen. Dazu gehören ausreichend Rückführungsstrukturen, einschließlich der in Sachsen  
200 und in Sachsen-Anhalt ab 2027 verfügbaren Abschiebehaftplätze, sowie die Unterstützung der  
201 Kommunen durch bundeseinheitliche Instrumente wie die Bezahlkarte.

202  
203 Für eine stabile innere Ordnung ist ein starker Rechtsstaat unverzichtbar. Beide CDU-  
204 Fraktionen setzen deshalb auf eine kontinuierliche Stärkung der Landespolizei, der Justiz und  
205 des Justizvollzugs. Wir stehen unabrückbar und ausdrücklich zu unseren Landespolizeien,  
206 deren Bedienstete jeden Tag für den Schutz Aller eintreten. Wir betrachten es als  
207 selbstverständlich, der Polizei die notwendige politische Rückendeckung zu geben. Dies  
208 schließt auch die Schaffung neuer Befugnisse ein, um die Kolleginnen und Kollegen im Dienst  
209 besser zu schützen. Dazu zählen die flächendeckende Einführung von Bodycams und der  
210 Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten. Wir sprechen uns für die Schaffung neuer  
211 Ermittlungskompetenzen für die Landespolizeien aus, um auf die neuen Herausforderungen,  
212 insbesondere im digitalen Bereich, zu reagieren. Dazu bedarf es u.a. der Möglichkeit, IP-  
213 Adressen zu speichern, automatisierte Datenanalysen durchzuführen und die Möglichkeiten  
214 der Instrumente zum Videoschutz zu nutzen.

215  
216 Wir bekennen uns zur dauerhaften Stärkung des Personalkörpers unserer Landespolizeien,  
217 um den wachsenden Anforderungen an Sicherheit, Präsenz und Einsatzfähigkeit gerecht zu  
218 werden. Eine personell stabile Polizei ebenso wie eine solche Justiz und ein solcher  
219 Justizvollzug sind Voraussetzung für einen starken Rechtsstaat. Die Bediensteten schaffen  
220 Verlässlichkeit und sorgen für Rechtssicherheit in unserer Gesellschaft.

221  
222 Wir bekennen uns zu einer Polizei, die im ganzen Land sichtbar und wirksam Präsenz zeigt –  
223 und zu einem Staat, der seine Sicherheitsbehörden nicht im Stich lässt. Sachsen und Sachsen-  
224 Anhalt sind sich einig: Nur eine handlungsfähige Polizei und eine klar gesteuerte  
225 Migrationspolitik sichern Akzeptanz in der Bevölkerung, stärken den gesellschaftlichen  
226 Zusammenhalt und schützen unsere freiheitliche Ordnung. Für beides ist das Engagement von  
227 vielen tausenden Ehrenamtlichen im organisierten Sport, bei den Feuerwehren und beim  
228 Bevölkerungsschutz von besonderer Bedeutung. Wir verstehen uns deshalb als Partner für das  
229 Ehrenamt.

### 230 231 **Reform des Jugendstrafrechts**

232  
233 Die Strafverfolgung von Heranwachsenden, Jugendlichen und Kindern ist so, wie sie besteht,  
234 nicht mehr zeitgemäß.

235  
236

237

238 Es muss für Heranwachsende (18 bis 21-Jährige) eine gesetzliche Regelung geschaffen  
239 werden, in der grundsätzlich das Erwachsenenstrafrecht Anwendung findet und trotzdem die  
240 eventuellen Entwicklungs- und Reifeverzögerungen berücksichtigt werden.

241

242 Insbesondere bei schweren Straftaten und bandenmäßiger Begehung muss auch bei jüngeren  
243 Straftätern eine strafrechtliche Verantwortung möglich sein. Es ist zunehmend zu beobachten,  
244 dass auch Kinder unter 14 Jahren Straftaten begehen, ohne dass sie geahndet werden können.  
245 Deshalb setzen wir uns für eine Reform des Jugendstrafrechts ein, die die Reife der Täter und  
246 die Schwere der Straftat bei unter-14-Jährigen berücksichtigt.

247

### 248 **Vollzug in freien Formen**

249

250 Wir bekennen uns zum Vollzug in freien Formen als wirksamen Bestandteil des  
251 Jugendstrafvollzugs. Wichtig für junge Straftäter ist es, grundlegende Regeln unserer  
252 Gesellschaft zu lernen und zu akzeptieren. Die positiven Erfahrungen aus dem Seehausprojekt  
253 in Sachsen sollen für die weitere fachliche Entwicklung genutzt und die länderübergreifende  
254 Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt fortgesetzt werden.

255

### 256 **Opferschutz**

257

258 Wir begrüßen den Beschluss der Justizministerkonferenz zur Stärkung des Opfer- und  
259 Zeugenschutzes und fordern den Bund auf, die Zeugenrechte nach § 68 StPO, insbesondere  
260 durch einen verbesserten Schutz personenbezogener Daten, weiterzuentwickeln. Sie  
261 sprechen sich für eine stärkere prozessuale Unterstützung von Zeugen schwerer Gewalttaten  
262 aus. Zum Schutz von Opfern und potentiellen Opfern häuslicher Gewalt unterstützen wir die  
263 Einführung der elektronischen Fußfessel einschließlich der Warnung des Opfers vor  
264 unerlaubter Annäherung (Spanisches Modell). Die Einrichtung einer Bund-Länder-  
265 Arbeitsgruppe zur Entwicklung einheitlicher, datenschutzkonformer und praxistauglicher  
266 Lösungen wird ausdrücklich unterstützt.

267

268

### 269 **Infrastruktur, Digitalisierung und Finanzen**

270

271 Wir arbeiten systematisch an einer spürbaren Entlastung von Bürgern und Unternehmen bei  
272 Finanzen, Bürokratie und Regulierung. Wir verbinden das mit einer klaren Priorisierung  
273 staatlicher Aufgaben, einer aufgabenseitigen Konsolidierung sowie der Überprüfung  
274 staatlicher Standards zur Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit und des Wohlstandes  
275 unserer Länder.

276

277 **Infrastruktur**

278

279 Sachsen-Anhalt und Sachsen verfügen über bundesweit bedeutsame Straßeninfrastruktur.  
280 Wir setzen den Fokus auf die Sanierung und den Erhalt unserer Straßen und Wege. Die zügige  
281 Fertigstellung der A 14 und der A 143 sowie der Ausbau der A 4 sind für uns besonders wichtig.

282

283 Der Luftverkehr ist ein zentraler Standort- und Wettbewerbsfaktor für Sachsen und Sachsen-  
284 Anhalt. Vor dem Hintergrund stark gestiegener Abgaben und Gebühren setzen sich die CDU-  
285 Fraktionen für wettbewerbsfähige und verlässliche Rahmenbedingungen im Luftverkehr ein,  
286 um internationale Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und die nachhaltige Entwicklung  
287 unserer Länder zu sichern.

288

289 Wir setzen uns für die Priorisierung wichtiger Schienenwegeausbaumaßnahmen ein. Dazu  
290 zählen die Strecken Leipzig-Zeitz-Gera, Dresden-Görlitz, Leipzig-Chemnitz sowie die Sachsen-  
291 Franken-Magistrale und einen ICE-Anschluss in Magdeburg. Für den Flughafen Leipzig/Halle  
292 ist die Anbindung an den Schienenverkehr, insbesondere ein regelmäßiger ICE-Halt, von  
293 besonderer Bedeutung.

294

295 Die Finanzierung und Struktur unseres öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) passen wir  
296 konsequent an die Bedürfnisse der Nutzer an.

297

298 Da die Radwege für Alltag und Tourismus zunehmend wichtiger werden, steht neben dem  
299 Neubau auch der dauerhafte Erhalt der Radwege im Mittelpunkt.

300

301

302 **Landesentwicklung**

303

304 Zur Förderung der Eigentumsbildung und zur Entlastung insbesondere junger Familien beim  
305 Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum setzen sich die CDU-Fraktionen für geeignete  
306 finanzielle Rahmenbedingungen ein, die die Erwerbsnebenkosten spürbar reduzieren. Ziel ist  
307 es, den Zugang zu Wohneigentum zu erleichtern und langfristige Wohn- und  
308 Lebensperspektiven in Sachsen und Sachsen-Anhalt zu stärken. Unsere Städte und Gemeinden  
309 müssen lebenswert bleiben. Attraktive Zentren steigern die Lebensqualität. Gute Infrastruktur  
310 und gepflegte Stadtkerne sichern Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Die Förderung des  
311 ländlichen Raumes ist für uns ein besonderes Anliegen. Unsere Programme im Bereich der  
312 Dorfentwicklung wollen wir weiter sicherstellen.

313

314 **Einheitliche Verwaltungsdigitalisierung**

315

316 Die CDU-Fraktionen setzen sich für eine durchgängige, standardisierte und bürgerorientierte  
317 Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ein. Digitale Verwaltungsleistungen sollen

318 unabhängig vom Wohnort einheitlich verfügbar und über zentrale Zugangsplattformen  
319 abrufbar sein. Einheitliche Standards, interoperable Schnittstellen, zentrale IT-Plattformen  
320 sowie der gezielte Einsatz von Künstlicher Intelligenz sind Voraussetzung für effizientere  
321 Verwaltungsabläufe. Digitale Fachverfahren sollen durch Bund und Länder zentral  
322 bereitgestellt und den Kommunen zur Nutzung angeboten werden.

323

### 324 **Länderfinanzausgleich sichert gleichwertige Lebensverhältnisse**

325

326 Der Länderfinanzausgleich soll Unterschiede in der Finanzkraft zwischen den Bundesländern  
327 ausgleichen. Sachsen-Anhalt und Sachsen begrüßen die positiven Effekte, die bisher durch den  
328 Länderfinanzausgleich erzielt werden konnten. Es ist und muss auch für die Zukunft ein  
329 Erfolgsmodell für unseren föderalen Staatsaufbau und ebenso für gleichwertige  
330 Lebensverhältnisse in Deutschland bleiben. Sachsen-Anhalt und Sachsen sind auch zukünftig  
331 mit den Folgen der wirtschaftlichen Transformation konfrontiert. Der Länderfinanzausgleich  
332 kompensiert diese strukturellen Nachteile teilweise und verhindert eine dauerhafte  
333 Benachteiligung.

334

## 335 **Bildung und Wissenschaft**

336

### 337 **Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung**

338

339 Unterrichtsversorgung, die Ausbildung von Lehrkräften und die Gewinnung von  
340 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern für den Lehrberuf gehören auch in den  
341 kommenden Jahren zu den größten bildungspolitischen Herausforderungen in  
342 Mitteldeutschland.

343

344 Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass während des Studiums nach wie vor zu viele  
345 engagierte Lehramtsstudentinnen und -studenten für den Lehrberuf, insbesondere in MINT-  
346 Fächern verloren gehen. Die Verbesserung der Studienerfolgsquote ist ein wichtiger Faktor  
347 zur Hebung personeller Ressourcen. Um dies zu erreichen, sind strukturelle und  
348 organisatorische Veränderungen sowie praxisbezogene Anpassungen in den  
349 Lehramtsstudiengängen erforderlich, um die Erfolgsquote nachhaltig zu verbessern. Hier sind  
350 die lehrkräftebildenden Hochschulen gefordert, Lehramtsstudiengänge noch stärker  
351 praxisnah und mit einem besonderen Fokus auf die pädagogische Ausbildung zu gestalten.  
352 Auch bei der Ausbildung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern besteht der Bedarf  
353 einer besseren berufsbegleitenden didaktischen Begleitung, um den Einstieg in den  
354 Lehrberuf zu erleichtern und für eine hohe Verbleibsquote Sorge zu tragen.

355

356 Um dies zu erreichen, gilt es, das Potenzial und die vorhandenen Ressourcen unserer  
357 Lehrkräftebildenden Hochschulen noch effizienter zu nutzen, indem diese Hochschulen und  
358 die Schulverwaltung dazu angehalten werden,

359

360 1. durch geeignete Unterstützungsangebote für Studierende die Studienerfolgsquote zu  
361 verbessern, vor allem in den MINT-Fächern;

362 2. bei der Organisation der Lehramtsstudiengänge, vor allem für weiterführende  
363 Schularten, die pädagogischen und didaktischen Ausbildungsteile zu stärken, den  
364 Praxisanteil über den gesamten Studienzeitraum deutlich auszubauen und in diesem  
365 Zusammenhang die Einführung eines Praxissemesters zu prüfen;

366 3. einen vereinfachten Übergang aus anderen relevanten Studiengängen, insbesondere  
367 aus dem MINT-Bereich, während eines laufenden Bachelor-/Masterstudiengangs in  
368 lehramtsbezogene Examensstudiengänge zu ermöglichen;

369 4. in Anbetracht des hohen Lehrkräftebedarfs, besonders auch an berufsbildenden  
370 Schulen durch gezielte Studienorientierung mehr Absolventinnen und Absolventen  
371 beruflicher Gymnasien für ein Lehramtsstudium zu gewinnen;

372 5. mit Hilfe entsprechender Vorkurse auch Schülerinnen und Schülern mit  
373 Realschulabschluss die Aufnahme eines Lehramtsstudiums in der Sekundarstufe I zu  
374 eröffnen;

375 6. ein Doppelfach-Modell auch auf das Lehramt für Berufsschulen vorrangig im  
376 gewerblich-technischen Bereich zu ermöglichen;

377 7. die verschiedenen Phasen der Lehrkräftebildung enger zu verzahnen.

378

379 Die Ausbildung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern bedarf ebenfalls einer  
380 Weiterentwicklung, um die Verbleibsquote deutlich zu erhöhen. Um motivierte und geeignete  
381 Menschen mit Berufs- und Lebenserfahrung beim Seiteneinstieg in den Lehrerberuf noch  
382 besser zu unterstützen, sollen

383

384 1. die Anerkennung von Vorqualifikationen vereinfacht und für einen ggf. notwendigen  
385 Lückenschluss verlässliche modulare wissenschaftliche Fortbildungsangebote  
386 bereitstellt werden, die flexibel und berufsbegleitend studiert werden können und eine  
387 zügigere Anerkennung von ein bzw. zwei Fächern zu ermöglichen;

388 2. bei der Prüfung der Voraussetzungen für die Anerkennung von ein bzw. zwei Fächern  
389 bei Seiteneinsteigern die Berufserfahrung positiv bewertet sowie anstelle einer  
390 wissenschaftlichen Ausbildung der Erwerb der Lehrbefähigung mittels eines  
391 Feststellungsverfahrens ermöglicht werden;

392 3. weitere Möglichkeiten der Anerkennung und Einstellung von Ein-Fach-Lehrkräften  
393 zeitnah geschaffen werden;

394 4. Lehrkräften, die als Seiten- bzw. Quereinsteiger an Schulen tätig sind, Karrierewege  
395 eröffnet und ihnen die Übernahme von Funktionen als Schulleiter bzw. stellv.

396 Schulleiter unter Berücksichtigung von Berufs- und Führungserfahrungen ermöglicht  
397 werden, auch im Rahmen eines gesonderten Feststellungsverfahrens;  
398 5. Seiteneinsteiger mit Hochschulabschlüssen als Diplom oder Master/Magister bei der  
399 Einstufung in die Vergütungsklassen nach erfolgreicher Probezeit den Lehrkräften mit  
400 einem grundständigen Lehramtsabschluss gleichstellt und so dem Prinzip einer  
401 tätigkeitsbezogenen Vergütung Rechnung getragen werden.

402

403

#### 404 **Internationalisierung von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen**

405

406 Mit der zunehmenden Globalisierung unserer Gesellschaft stehen auch Hochschulen und  
407 Wissenschaftseinrichtungen in Sachsen und Sachsen-Anhalt vor besonderen  
408 Herausforderungen.

409 Lehre und Forschung müssen sich verstärkt der Internationalisierung stellen, sich stärker als  
410 bisher für internationale Studentinnen und Studenten öffnen und ihre Kompetenzen in  
411 Forschungsprojekte einbringen.

412

413 Der Wissenschaftsstandort Mitteldeutschland verfügt über leistungsfähige Hochschulen und  
414 Forschungseinrichtungen, die hervorragende Rahmenbedingungen bieten, um in diesem  
415 Wettbewerb bestehen zu können.

416

417 Unser gemeinsames Ziel ist es, internationale Studentinnen und Studenten für ein Studium in  
418 Sachsen und Sachsen-Anhalt zu gewinnen und sie auch im Rahmen des Fachkräftebedarfs  
419 unserer Wissenschafts- und Forschungsstandorte, besonders aber auch in unsere  
420 mitteldeutschen Unternehmen zu integrieren, um die wirtschaftliche Entwicklung unserer  
421 Länder voranzubringen. Dies gelingt nur, wenn sich Wissenschaft und Wirtschaft stärker als  
422 bisher vernetzen und Forschung und Lehre besser auf die Bedarfe der Unternehmen  
423 abstimmen.

424

425 Die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt können bereits heute über einen nicht unerheblichen  
426 Anteil an internationalen Studenten verweisen. Gemeinsames Ziel muss es sein,  
427 internationale Studentinnen und Studenten auch weiterhin für ein Studium in  
428 Mitteldeutschland zu gewinnen und dabei im Rahmen einer gemeinsamen Strategie folgende  
429 Maßnahmen und Ziele zu verfolgen:

430

431 1. Stärkung der Beratungsstrukturen vor Ort in den im Fokus stehenden  
432 Herkunftsländern, besonders in Osteuropa und Asien zur Gewinnung von Studentinnen  
433 und Studenten;

434 2. Steigerung der Verbleibsquote durch gezielte Beratung zu wissenschaftlichen und  
435 beruflichen Perspektiven in Mitteldeutschland;

- 436 3. Ausbau von Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zur  
437 Gewinnung von Nachwuchswissenschaftlern;  
438 4. Stärkung von Kooperationen von Hochschulen und Wirtschaft im Bereich von  
439 Masterarbeiten, Stipendien und dem Ausbau der akademischen Weiterbildung unter  
440 Beachtung sich verändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und  
441 Forschungsschwerpunkten, auch für nichtakademische Fachkräfte;  
442 5. Ausbau von Kooperationen mit internationalen Hochschulen zur Schaffung  
443 internationalisierter Studienangebote;

444

445 Im Rahmen dieser gemeinsamen Strategie gilt es auch, die Frage von Studiengebühren für  
446 internationale Studentinnen und Studenten zu beantworten. Grundsätzlich sind jedoch  
447 Studiengebühren nicht als grundsätzliches Finanzierungsinstrument von Forschung und Lehre  
448 zu betrachten und sollten stärker vor dem Hintergrund ihrer Steuerungswirkung im Sinne des  
449 nationalen und regionalen Fachkräftebedarfs diskutiert werden.

450

451

## 452 **Soziales, Gesundheit und Krankenhauslandschaft**

453

454 Wir bekennen uns ausdrücklich zur Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten  
455 medizinischen Versorgung in allen Landesteilen beider Bundesländer. Ziel ist es, die  
456 Versorgungsstrukturen zukunftsfest weiterzuentwickeln und dabei die Zusammenarbeit über  
457 Ländergrenzen hinweg zu intensivieren sowie voneinander zu lernen.

458

459 Hierzu werden folgende Handlungsfelder definiert:

460

### 461 **Stationäre Versorgung**

462

463 Wir streben eine engere Zusammenarbeit bei der Krankenhausplanung an, wie sie das  
464 Krankenhausfinanzierungsgesetz bereits vorsieht. Ziel ist die Sicherstellung eines  
465 wohnortnahen Zugangs zu medizinischen Versorgungsangeboten, insbesondere im ländlichen  
466 Raum. Deshalb setzen wir uns für eine sektorübergreifende Versorgung ein und  
467 berücksichtigen dabei auch neue Versorgungsmodelle.

468

469 Dabei ist eine länderübergreifende Betrachtung ausdrücklich gewünscht.  
470 Grenzüberschreitende Patientenströme, insbesondere bei planbaren Behandlungen, sollen  
471 stärker berücksichtigt und bestehende Synergien besser genutzt werden.

472

473 Die bereits bei uns erfolgten tiefgreifenden Strukturveränderungen der Krankenhaus-  
474 landschaft sind bei einer Krankenhausreform auf Bundesebene angemessen zu

475 berücksichtigen. Hierfür bedarf es Ausnahme- und Kooperationsmöglichkeiten, die die  
476 Zielerreichung der Krankenhausreform nicht gefährden.

477

### 478 **Resilienz des Gesundheitswesens**

479

480 Die kritische Infrastruktur im Gesundheitsbereich ist gezielt auf Krisenszenarien wie  
481 Großschadensereignisse, Cyberangriffe oder das länderübergreifende Auftreten von  
482 Infektionskrankheiten auszurichten.

483

484 Ein zentraler Baustein ist das in Planung befindliche Mitteldeutsche Infektionsschutzzentrum  
485 am Klinikum St. Georg in Leipzig, das Patientinnen und Patienten aus den mitteldeutschen  
486 Bundesländern versorgen soll. Zu diesem Vorhaben bekennen wir uns ausdrücklich.

487

488 Sachsen-Anhalt verfügt zudem über ausgewiesene Kompetenzzentren, unter anderem in den  
489 Bereichen neurodegenerative Erkrankungen, seltene Erkrankungen sowie  
490 Pflegewissenschaften. Diese Strukturen sollen durch eine verstärkte Zusammenarbeit beider  
491 Länder weiterentwickelt werden.

492

493

### 494 **Medizinische Versorgung im ländlichen Raum**

495

496 Die Sicherung der medizinischen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, werden wir  
497 weiter aktiv mitgestalten. Gemeinsam mit allen relevanten Akteuren sollen tragfähige  
498 Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden. Wir wollen uns über Erfahrungen mit  
499 erfolgreichen Projekten, beispielsweise Gemeindenotfallsanitätären, mobilen Facharztpraxen,  
500 telemedizinischen Versorgungsnetzen und Telenotarztversorgung austauschen und  
501 voneinander lernen. Gemeinsam bekennen wir uns zur Weiterentwicklung der bereits  
502 eingeführten Landarzt- und Landzahnarztquoten bei der Studienplatzvergabe, sowie zur  
503 Förderung von regionalen Weiterbildungsverbänden und Gesundheitskoordinatoren.

504

505

### 506 **Versorgungsforschung**

507

508 Für die praktische Versorgung ist eine kontinuierliche Anpassung an aktuelle wissenschaftliche  
509 Erkenntnisse und Entwicklungen der Forschung erforderlich.

510

511 Dafür streben wir unter anderem an, die Daten des epidemiologischen Krebsregisters  
512 verstärkt gemeinsam für Forschungszwecke zu nutzen und so die Präventions-, Diagnostik-  
513 und Therapiemöglichkeiten für die Menschen zu verbessern.

514

515

516 **Rente modernisieren und flexibilisieren**

517

518 Zum Erhalt unseres solidarischen Sicherungssystems ist zwingend eine Reduktion der  
519 Sozialabgabenlast erforderlich. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch für eine  
520 Flexibilisierung im Rentensystem aus:

521

- 522 • Geleistete Lebensarbeitszeit statt eines starrem Renteneintrittsalters
- 523 • Zusätzliche Rentenpunkte bei Arbeitsleistung in noch zu definierenden Schwer- und
- 524 Schwerstberufen sowie weiterhin für pflegende Angehörige (keine GKV Finanzierung)
- 525 • Befürworten der Frühstartrente ab Geburt des Kindes

526

527

528 **Landwirtschaft und Umwelt**

529

530 **Nachhaltiges, länderübergreifendes Wassermanagement**

531

532 Wir setzen uns vor dem Hintergrund sinkender Grundwasserstände und zunehmender  
533 Trockenphasen, die erhebliche Auswirkungen auf Landwirtschaft, Industrie und Ökosysteme  
534 haben, für ein modernes und nachhaltiges Wassermanagement ein.

535

536 Unser Ziel ist es, die Versorgung mit Wasser langfristig zu sichern und ökologische Risiken zu  
537 minimieren. Daher fordern wir:

- 538 • einen länderübergreifenden Wassermanagementplan erarbeiten, um gemeinsame
- 539 Strategien für Wasserrückhalt und ordnungsgemäßen Wasserabfluss zu entwickeln,
- 540 • wassersparende Technologien in Landwirtschaft und Industrie voranbringen, um den
- 541 Wasserverbrauch deutlich zu reduzieren,
- 542 • die Kreislaufwirtschaft ausbauen, damit Wasser mehrfach genutzt und Ressourcen
- 543 geschont werden,
- 544 • regionale Speicherlösungen fördern – Investitionen in kleine und mittlere Speicher
- 545 sowie Maßnahmen zur Grundwasseranreicherung sind für uns der richtige Weg, statt
- 546 großräumiger Umleitungen,
- 547 • Projekte zur Nutzung alternativer Wasserquellen (z. B. Grauwasser,
- 548 Regenwassernutzung) erforschen und bis zur Marktreife begleiten.

549

550 Da massive Eingriffe in Flussökosysteme, wie Wasserüberleitungen, erhebliche Folgen haben,  
551 müssen sie gründlich durchdacht und ihre Langzeiteffekte berücksichtigt werden. Wir setzen  
552 auf regionale Lösungen, die ökologisch verträglich sind und die Versorgung für alle Menschen  
553 langfristig sichern.

554

555

556 Gewässerunterhaltung ist wichtiger denn je, muss jedoch unkompliziert und umsetzbar sein.  
557 Wir erleichtern eine routinemäßige Instandhaltung von Dorfteichen und Gräben und fordern  
558 eine Flexibilisierung der EU-Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Niedrigwassersituationen  
559 und dem Wasserrückhalt in der Fläche. Bei der Bewertung des Gewässerzustandes dürfen  
560 natürlich vorkommende Stoffe nicht zu einer dauerhaft negativen Einstufung führen.

561

### 562 **Flexiblerer Natur- und Artenschutz**

563

564 Anspruchsvoller Natur- und Artenschutz bleibt ein zentrales Ziel der CDU-Fraktionen. Die  
565 Erfolge der letzten Jahre bestätigen diese Position. Gleichzeitig müssen praktikable Lösungen  
566 für die zunehmenden Konflikte mit streng geschützten Arten wie Biber, Fischotter, Kormoran,  
567 Saatkrähe und Wolf gefunden werden, deren Bestände sich stark erholt haben. Schäden an  
568 Infrastruktur, Deichen und landwirtschaftlichen Flächen sowie starre Schutzregelungen  
569 führen zu Akzeptanzproblemen und hohen Kosten für Schadensbeseitigung. Die CDU-  
570 Fraktionen fordern ein regionales Bestandsmanagement, um Konflikte konkurrierender  
571 Schutzgüter aufzulösen: Bestandsbewertung, Umsiedlungen, Schutzmaßnahmen und in  
572 gerechtfertigten Fällen Entnahmen. Grundvoraussetzung ist eine Anpassung der  
573 Naturschutzgesetze, um schnellere Genehmigungen unter anderem für Entnahmen bei  
574 Gefahr für Infrastruktur, Sicherheit der Bevölkerung oder erheblichen wirtschaftlichen  
575 Schäden zu ermöglichen.

576

### 577 **Novellierung des Landesjagdgesetzes**

578

579 In Sachsen und Sachsen-Anhalt besteht aufgrund der aktuellen Änderungen im  
580 Bundesjagdgesetz die Notwendigkeit, die jeweiligen Landesjagdgesetze anzupassen, um eine  
581 einfachere und waidgerechte jagdliche Bewirtschaftung des Wolfes zu ermöglichen. Über  
582 diese grundsätzliche Novellierung hinaus sollten die Landesregelungen in beiden Ländern an  
583 die Änderungen im Bundesjagdgesetz im Sinne der CDU angepasst werden. Das  
584 Hauptaugenmerk sollte dabei auf den Umgang mit Arten gelegt werden, die derzeit einen  
585 (streng) geschützten Status besitzen, sich jedoch so erfolgreich re-etabliert haben, dass ihre  
586 hohe Populationsdichte nicht nur wirtschaftliche Schäden an Privateigentum, Infrastruktur  
587 und Landwirtschaft verursacht, sondern teilweise bereits eine Gefahr für die öffentliche  
588 Sicherheit darstellt.

589

### 590 **Verbandsklagerecht für Natur- und Umweltschutzverbände abschaffen**

591

592 Wir fordern eine Abschaffung des Verbandsklagerecht für Verbände aus dem Natur- und  
593 Umweltschutz, um endlich wieder wichtige Infrastruktur- und Bauprojekte im Sinne der  
594 Entwicklung Sachsen und Sachsen-Anhalts schnell umzusetzen. Es ist festzuhalten, dass die  
595 EU-, Bundes- und Landesgesetzgebung hinreichend die Interessen des Natur- und

596 Umweltschutzes berücksichtigt und entsprechende Instrumentarien zum Schutze der Flora  
597 und Fauna existieren. Das Klagerecht von unmittelbar Betroffenen bleibt davon unberührt.

598

### 599 **Kompensationsverordnung**

600

601 Wir streben ausgewogene Landeskompensationsverordnungen an, die produktionsintegrierte  
602 Maßnahmen bevorzugen und keine weiteren land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen der  
603 Bewirtschaftung entziehen.

604

### 605 **Flächenerwerb von Verbänden**

606

607 Land- und forstwirtschaftliche Flächen sollen weiterhin in der Bewirtschaftung bleiben und  
608 nicht unter Verwendung von staatlichen Fördermitteln durch Vereinigungen und Verbände  
609 stillgelegt werden. Eine Schenkung von BVVG-Flächen an Vereinigungen und Verbände wird  
610 nicht mehr akzeptiert. Stattdessen wird die endgültige Privatisierung dieser Flächen  
611 wiederaufgenommen.

612

### 613 **GAP 28 – Sicherung der Existenzen und der Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft ab 2028**

614

615 Die Sicherung der Existenzen und der Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft in Sachsen und  
616 Sachsen-Anhalt ab 2028 steht im Mittelpunkt unserer Politik. Beide Länder kennzeichnet eine  
617 historisch gewachsene großflächige Agrarstruktur, die von den aktuell geplanten Maßnahmen  
618 der GAP 28, wie Kappung und Degression, als auch durch die Zentralisierung der  
619 Fördermittelvergabe enorm benachteiligt werden würden. Es droht ein Strukturbruch, der die  
620 Tierhaltung und insbesondere die Diversität von Gemischtbetrieben betrifft. Die bestehende,  
621 vergleichsweise geringe Tierhaltung in Sachsen und Sachsen-Anhalt soll aufrechterhalten und  
622 ein gezielter Ausbau gefördert werden. Die grundsätzliche, strukturelle Änderung in der  
623 zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2028 birgt gerade für die Länder Sachsen und  
624 Sachsen-Anhalt eine hohe Herausforderung in der landwirtschaftlichen und ländlichen  
625 Entwicklung.

626

627 Wir streben ein nach wie vor eigenständiges Budget zur Grundsicherung in der Landwirtschaft  
628 an, dass auf die einzelnen Bundesländer verteilt wird. Bei der zweiten Säule soll weiterhin ein  
629 Investitionsbudget für die Entwicklung der Landwirtschaftsbetriebe gesichert werden. Wir  
630 vereinfachen die Antragstellung, um realistische Bewirtschaftungsmöglichkeiten aus der  
631 Praxis abzubilden, indem wir die Anzahl der Programme deutlich reduzieren.

632

### 633 **DüV – Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie und Ausweisung Roter Gebiete**

634

635 Auf Grundlage aktueller Ergebnisse des mehrjährigen Grundwassermonitorings bestehen  
636 erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit der derzeit geltenden Restriktionen zur Düngung auf

637 landwirtschaftlichen Flächen. Auch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur  
638 länderspezifischen Umsetzung der Düngeverordnung sollten Anlass für ein Umdenken sein.  
639 Wir fordern eine grundsätzliche Überarbeitung der Instrumente und der EU-Nitratrichtlinie,  
640 um sowohl den Schutz der Gewässer als auch die Praxistauglichkeit für die Landwirtschaft  
641 sicherzustellen. Für eine verbesserte Verursachergerechtigkeit führen wir die schlagbezogene  
642 Saldierung wieder ein. Damit wird ein Überblick über die Entwicklung der gesamten  
643 landwirtschaftlichen Nutzflächen und nicht nur über die Roten Gebiete ermöglicht.